

# **Krankheitsbedingte Fehlzeiten, Belastungen und Einstellungen zur Erwerbsarbeit im internationalen Vergleich. Zusammenfassende Anmerkungen und ein Blick nach vorne unter sozialpolitischen Perspektiven**

**von**

**Dieter Jaufmann & Martin Pfaff\***

## **Zusammenfassung**

Die aktuellen Debatten über die Zukunft der Arbeit, über Wirtschaftsstandorte und die Rolle des Sozialstaats wird in allen großen Industrienationen mit sehr ähnlichen Argumenten geführt. Stichworte dieser Diskussionen sind unter anderem Fehlzeiten, Arbeitsmoral, Kranken- und Karentage, Lohn- und Lohnnebenkosten, Globalisierung und Konkurrenzfähigkeit. Viele sozialpolitische Errungenschaften der letzten Jahrzehnte stehen zur Disposition – der Sozialstaat befindet sich nahezu weltweit auf dem Prüfstand. Abbau versus Umbau lauten dabei die unversöhnlichen Extrempositionen. Bislang wurde und wird aber vorrangig auf der Grundlage isolierter, stark heterogener und nur selektiv präsentierter empirischer Daten debattiert.

Auf der Basis einer groß angelegten Untersuchung liefert der Beitrag einen empirisch breit fundierten Vergleich der internationalen Entwicklung von Arbeitseinstellungen. Die aus der Erwerbsarbeit resultierenden Belastungen und Fehlzeiten werden über einen Zeitraum von rund zwei Jahrzehnten beleuchtet. In die Analyse mit einbezogen sind neben der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Schweden, Österreich, die Schweiz, Japan und die USA.

\* Für die Autoren: Dr. Dieter Jaufmann, Universität Augsburg, WiSo-Fakultät, Universitätsstraße 16, 86159 Augsburg, Tel.: 0821/598-4206 oder -4200; Fax: 0821/598-4232; e-mail: [Dieter.Jaufmann@wiso.uni-augsburg.de](mailto:Dieter.Jaufmann@wiso.uni-augsburg.de).

Das Paper ist die upgedatete und leicht überarbeitete Version des Schlußkapitels eines demnächst erscheinenden Buches der beiden Autoren (vgl. D. Jaufmann/M. Pfaff, Die neue Arbeitsmoral. Industrieländer im internationalen Vergleich, Frankfurt/Main, New York i.E., Campus Verlag; vgl. dazu auch die Beiträge in Jaufmann/Mezger/Pfaff 1995).

Ein herzlicher Dank für technische Unterstützung geht an Doris Lerch.

**Abstract**

In all high industrialized nations there are ongoing debates about the future of work, the welfare state, value-change and the economic situation. The arguments are quite similar. Dominant key words in these discussions are globalization, moral of work, international competitiveness, absenteeism, days of illness and questions concerning costs.

The welfare state of the past and the present is under disposal. Dismantling or modification are the controversial positions. Until now all or even most of the debates are based on data which are poor, heterogenous, isolated and used selectively.

In our analysis we present and discuss a broad empirical based comparison of the development of attitudes towards work. Furthermore stress and absenteeism will be taken into the focus. The period of time of our study covers the last 20 years. The nations included are the Federal Republic of Germany, Great Britain, Sweden, Austria, Switzerland, Japan and the USA.

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	I
Abstract	II
1. Einleitung	1
2. Zentrale übergreifende Ergebnisse der Länderanalysen	1
3. Ergebnisse und kritische Würdigung einschlägiger bereits international vergleichend angelegter Untersuchungen	3
4. Globalisierung - Governance - Gewerkschaften	12
5. Systems und Attitudes in Transition	13
Literatur	16

## Verzeichnis der Darstellungen

Darstellung 1:	Arbeitszufriedenheit - Arbeitsstolz - Autonomie in der Arbeit. Drei Dimensionen von Erwerbsarbeit im internationalen Vergleich. Angaben jeweils in Mittelwerten	5
Darstellung 2:	Generelle Zufriedenheit mit dem eigenem Beruf. Angaben in v.H.	6
Darstellung 3:	Zwei generelle Statements zur beruflichen Arbeit - Ergebnisse aus dem International Social Survey Programme von 1989 und 1997. Angaben in v.H.	8
Darstellung 4:	Arbeitsbedingungen am eigenen Arbeitsplatz. Angaben in v.H.	10
Darstellung 5:	Arbeitsausfall durch Arbeitsunfähigkeit in sechs Ländern im zeitlichen Vergleich 1990/1995. Standardisierte Werte auf der Basis von Alter und Geschlecht in den Niederlanden. Angaben in v.H.	12

# **Krankheitsbedingte Fehlzeiten, Belastungen und Einstellungen zur Erwerbsarbeit im internationalen Vergleich. Zusammenfassende Anmerkungen und ein Blick nach vorne unter sozialpolitischen Perspektiven**

von

**Dieter Jaufmann & Martin Pfaff**

*»Changes in the social security system may, it is true, lead to a reduction in absenteeism but, generally speaking, will have no (positive) influence on the health of the working population«  
(Gründemann/de Winter/Smulders 1994: 124).*

## **1. Einleitung**

Die im Folgenden vorgelegte Analyse basiert auf einem internationalen Vergleich, der den Zeitraum ab ca. 1980 umfaßt. Einbezogen waren dabei die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, die Schweiz, Großbritannien, Schweden, die USA und Japan.

Wie unsere Untersuchung belegt, gibt es in allen sieben Ländern mehr oder weniger heftige gesellschaftliche und politische Debatten um die Zukunft des Sozial- oder auch Wohlfahrtsstaates: ›mehr‹ gilt dabei für Europa, ›weniger‹ für die USA und Japan. Von Umbrüchen, Zukünften, Herausforderungen, Aufbrüchen, Scheidewegen, Neujustierungen etc. ist vielfach die Rede (vgl. dazu z.B. Knappe/Winkler 1997; Alber 1998; Leibfried 1998; Lazar/Stoyko 1998; Nullmeier 2000) und es wird dabei häufig die ›Prüfstand-Metapher‹ gebraucht. Ebenfalls in allen diesen Ländern gibt es - grob gesprochen - Diskussionen um sich vorgeblich verändernde Einstellungen zur Erwerbsarbeit, Fehlzeiten, Mißbrauch sozialer Leistungen und eine Gefährdung der ökonomischen Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten. In der Summe läßt sich festhalten, daß diese Debatten überall nahezu durchgängig überspitzt, einseitig interessenorientiert und zumeist unter weitestgehender Ausblendung empirischer Fakten und Sachverhalte geführt werden (vgl. Jaufmann 1999).

## **2. Zentrale übergreifende Ergebnisse der Länderanalysen**

- Krankheitsbedingte Fehlzeiten gibt es natürlich überall, und überall haben sie im Lauf der letzten 10-20 Jahre abgenommen. Im Prinzip läßt sich sagen, daß diese Fehlzeitenquoten auch relativ große Ähnlichkeit aufweisen. Gestiegen ist hingegen zumeist die Zahl der Fälle, was als ein Indiz für stärkere Belastungen gewertet werden kann. Kurzzeiterkrankungen sind in vielerlei Hinsicht problematisch. Ihre Grö-

Benordnung ist schwer abzuschätzen und sie werden auf jeden Fall statistisch unterfaßt. Andererseits ist ihr Anteil mit ca. 3-5 v.H. am Gesamtvolumen krankheitsbedingter Fehlzeiten gering. Diese Ausfälle sind für die Unternehmen einerseits schwer zu kompensieren. Für die anwesenden Arbeitnehmer wird dadurch andererseits der Arbeitsdruck verstärkt, nicht zuletzt wohl auch deshalb, da es so etwas wie eine ›Personalreserve‹ für solche Fälle kaum mehr gibt.

- Zu den aus der bzw. durch die Arbeitswelt resultierenden Belastungen läßt sich festhalten, daß über alle untersuchten Länder hinweg in den letzten 10-20 Jahren diejenigen physischer Natur tendenziell abgenommen haben. Dennoch läßt sich für verschiedene Arten von ihnen ein starkes Beharrungsvermögen erkennen und insgesamt ist das Niveau relativ hoch. Deutlich zugenommen haben psychische und neuartige Formen von Belastungen, die nicht zuletzt aus arbeitsorganisatorischen Veränderungen und der Einführung neuer Technologien (z.B. PCs, Scannerkassen etc.) resultieren. Zwischen beiden Belastungsarten sind die Grenzen aber fließend, da beispielsweise psychische Formen durchaus - und nicht allzuseiten - in physischen Belastungen und Erkrankungen (z.B. Magen- oder Rückenproblemen) münden können. Insgesamt ist begründet zu erwarten, daß die aus bzw. in der Arbeitswelt resultierenden Belastungen in den nächsten Jahren weiter zunehmen werden (vgl. z.B. o.V. 2000).
- Die häufigsten Krankheitsarten sind im Prinzip in allen untersuchten Ländern sehr ähnlich: Muskel- und Skeletterkrankungen, Erkältungen/Grippen, Erkrankungen der Verdauungsorgane, Verletzungen, Herz- bzw. Kreislaufkrankungen führen die ›Hitliste‹ an. Stark aufgeholt haben in den letzten Jahren psychische Erkrankungsformen.
- Systematische Untersuchungen repräsentativer Art über die direkten Zusammenhänge zwischen krankheitsbedingten Fehlzeiten und Arbeitsbelastungen gibt es nur in sehr wenigen Ausnahmefällen. Immerhin finden sich einige Fallstudien, jedoch sind auch diese vergleichsweise ›dünn gesät‹; sie lassen aber gleichwohl solche Zusammenhänge zumindest ›aufscheinen‹.
- Betriebliche Gesundheitspolitik, entsprechende Ansätze und präventive Initiativen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. In vielen Fällen kam der Anstoß seitens der Krankenkassen, aber auch gewerkschaftliche Initiativen haben hierbei eine Rolle gespielt. Zu nennen sind hier des weiteren auch entsprechende Aktivitäten und Programme der Europäischen Union (vgl. z.B. Europäische Kommission/GD V 1999; Flynn 1999; Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz o.J.).
- Die Einstellungen zur Erwerbsarbeit zeigen in allen hier analysierten Ländern keinen ›wertewandelsbedingten Verfall‹. Andere Bereiche - wie insbesondere Familie, Freunde, Bekannte, Gesundheit - haben einen Bedeutungszuwachs erfahren, was a-

ber nicht zum ›Absterben‹ alter Arbeitstugenden wie z.B. Fleiß und auch Pflichterfüllung am Arbeitsplatz geführt hat, wenngleich hier ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. (Erwerbs-)Arbeit hat aber insgesamt nach wie vor im Lebensentwurf, der individuellen Lebensplanung und auch der Selbstdefinition der Menschen einen absolut zentralen Stellenwert. Neue Werte wie z.B. Offenheit, Selbstbestimmung, Mitentscheiden, Transparenz, Spaß an der Arbeit haben etc. sind hinzugekommen und haben mittlerweile eine hohe Bedeutsamkeit erlangt. Hinzu kommt, daß man in deutlich stärkerem Maße als zu früheren Zeiten versucht, eine Balance zwischen den verschiedenen Lebensbereichen zu finden und aktiv herzustellen.

- Erwerbsarbeit - das daraus resultierende Einkommen, Ansehen und Selbstwertgefühl - definiert nach wie vor weitgehend die Position des Individuums in der jeweiligen Gesellschaft, und dies wird von den Arbeitnehmern auch ganz real und nüchtern so gesehen. Sie entscheidet ebenso zu großen Teilen über die gesellschaftliche Teilhabe. ›Arbeitslosigkeit als Chance‹, wie mitunter vollmundig postuliert wird, diese Ansicht findet zweifellos nur bei einer verschwindend geringen Teilmenge der Arbeitnehmer Zustimmung. Ebenso würden die zur Verdeutlichung nachfolgend wiedergegebenen Beckschen Anmerkungen zu diesem weiten Themenfeld - auch ohne über prophetische Gaben zu verfügen, läßt sich dies fundiert behaupten - sicherlich keine mehrheitliche Unterstützung finden: »Warum nicht die Vielfalt prekärer Selbständigkeit anerkennen und zugleich diese durch eine Sozialpolitik der Grundsicherung (erwerbsunabhängige Gesundheits- und Rentenvorsorge, die alle finanzieren) für die Menschen kalkulierbar machen? Warum also nicht die Menschen auf der einen Seite in mehr Selbständigkeit entlassen, ihnen dafür die Wege ebnen und Rahmenbedingungen schaffen, aber auf der anderen Seite auch staatliche Politik nicht neoliberal schwächen, sondern stärken und demokratische Kultur neu begründen? Das wäre eine Politik, die das eher nichtssagende Etikett des ›dritten Weges‹ nicht mehr benötigt, um Wähler zu faszinieren« (Beck 1999: S 7).

### **3. Ergebnisse und kritische Würdigung einschlägiger bereits international vergleichend angelegter Untersuchungen**

Die prinzipielle Problematik internationaler Vergleiche Sozialer Sicherungssysteme - aber auch die daraus zu ziehenden Erkenntnisgewinne - ist/sind dabei im Sinne einer Hintergrundfolie stets mitzudenken: »Globale Beurteilungen der Effizienz oder gar Gerechtigkeit ganzer Sozialordnungen sind zwar beliebt, ihr ideologischer Gehalt zumeist jedoch allzu offensichtlich. Die Beurteilung ... hängt entscheidend davon ab, welche weltanschauliche Position der Untersuchende einnimmt.

Aus den vielen recht fruchtlosen Systemvergleichen lassen sich immerhin Hinweise entnehmen, daß

- alle Sozialordnungssysteme ihre spezifischen Problemstellen aufweisen, die es zu erkennen und zu mildern gilt,
- die Übertragung bewährter Elemente einer Sozialordnung in die Systeme anderer Länder vielfach nicht den erwarteten Erfolg zeitigt, da die ganz andere soziale Umwelt und die Verschiedenartigkeit der Verhaltensweisen eine Abstimmung mit den übrigen Systemelementen verhindert (soziale Ordnungen sind eben keine technischen Gebilde, deren Elemente beliebig kombinierbar sind),
- in den einzelnen Ländern offensichtlich unterschiedliche Prioritäten in der Sozialpolitik gesetzt werden, so daß globale Vergleiche wenig aussagekräftig bleiben,
- Vergleiche zwischen Ländern auf verschiedenen Stufen der sozioökonomischen Entwicklung wenig fruchtbar sind« (Neumann/Schaper 1990<sup>3</sup>: 242).

Die erste hier vorzustellende Datenbasis sind die Internationalen Wertestudien. Ziel dieser Umfragen ist der Versuch einer Kulturdiagnose primär für die EU-Länder, ergänzt um diverse andere Nationen. Bislang wurden die Daten in zwei Untersuchungsphasen erhoben: Die erste war im Zeitraum 1981 bis 1983 mit insgesamt knapp 29.000 befragten Personen und dann in einer zweiten Phase in den Jahren 1990 bis 1991 mit nahezu 36.000 Befragten. Die Darstellung 1 enthält von allen einbezogenen Ländern nur die für unsere Belange und Fragestellungen zentralen Aussagen. Ausgewiesen sind hier die Resultate für drei verschiedene Fragen, diesmal allerdings nicht in Prozent-, sondern in Mittelwerten. Explizit ist vom Methodischen her darauf zu verweisen, daß das Skalometer für die Kategorie ›Arbeitsstolz‹ nur 3-polig war. Es ging bei den drei Fragen einerseits um den Grad der Arbeitszufriedenheit, andererseits um den Stolz auf die eigene Arbeit und die dritte Frage thematisierte die Autonomie in der eigenen Erwerbsarbeit. Große Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern (für 1990/91) scheinen bei allen drei Fragestellungen nicht auf, allenfalls läßt sich - verständlicherweise - eine etwas geringere Arbeitszufriedenheit im Osten Deutschlands diagnostizieren. Auch im internationalen Vergleich fällt sie unterdurchschnittlich aus, insbesondere mit Blick auf die USA (vgl. dazu z.B. auch Gemini Consulting 1998).

Anders verhält es sich bei der Kategorie ›Arbeitsstolz‹. So liegen beispielsweise die Werte sowohl im Osten als auch im Westen der Bundesrepublik auf einem doppelt so hohen Niveau wie in den USA. Ähnlich niedrige Ausprägungen wie in den USA finden sich in Schweden und Großbritannien. Diese Ergebnisse kommen nicht unerwartet, so man die in den hier vorgelegten einschlägigen Länderkapiteln herausgearbeiteten kulturellen, sozialen und arbeitsweltlichen Hintergrundfaktoren ins Kalkül zieht.

Die dritte Frage zielt auf den gesehenen Freiheitsgrad in der eigenen Arbeit. Hier zeigen sich für die Bundesrepublik - sowohl alte als auch neue Länder - im internationalen Vergleich klar unterdurchschnittliche Ergebnisse. Hinzu kommt, daß in den rund zehn Jahren zwischen den beiden Surveys die empfundene Autonomie überall deutlich ange-

stiegen ist - mit Ausnahme der Bundesrepublik West. Ein Ergebnis, das sich weitestgehend auch mit den Resultaten aus der Länderanalyse Deutschland deckt.

Darstellung 1: Arbeitszufriedenheit<sup>1)</sup> - Arbeitsstolz<sup>2)</sup> - Autonomie in der Arbeit<sup>3)</sup>.  
Drei Dimensionen von Erwerbsarbeit im internationalen Vergleich.  
Angaben jeweils in Mittelwerten

	Arbeitszufriedenheit		Arbeitsstolz		Freiheit in der Arbeit	
	1981-83	1990-91	1981-83	1990-91	1981-83	1990-91
Deutschland-West	7,03	7,18	2,28	2,19	6,12	6,19
Deutschland-Ost	-	6,75	-	2,12	-	6,05
Österreich	-	8,00	-	1,94	-	7,18
Schweden	7,94	8,09	1,61	1,34	7,08	7,74
Großbritannien	7,68	7,44	1,26	1,19	6,62	7,03
Ø Europa	7,38	7,35	1,87	1,78	6,20	6,64
USA	7,70	7,85	1,21	1,14	6,94	7,31

Anmerkungen:

Die Frageformulierungen lauteten wie folgt:

- 1) »Wie zufrieden sind Sie alles in allem genommen mit Ihrer Arbeit?  
1 - überhaupt nicht zufrieden  
.  
.  
.  
10 - völlig zufrieden«.
- 2) »Sind Sie stolz auf Ihre Arbeit, Ihren Beruf? Würden Sie sagen, Sie sind sehr stolz, ziemlich stolz, etwas oder überhaupt nicht stolz?  
1 - sehr stolz  
2 - ziemlich stolz  
3 - etwas/überhaupt nicht stolz«.
- 3) »Jeder Berufstätige kann ja bei seiner Arbeit manches frei entscheiden, und in anderem ist er abhängig. Es fragt sich nun, wie frei der einzelne sich fühlt. Wie geht es Ihnen selbst?  
1 - Sie haben in Ihrem Beruf keine Freiheit, etwas zu entscheiden.  
.  
.  
.  
10 - Sie fühlen sich in Ihren beruflichen Entscheidungen ganz frei und unabhängig«.

Quellen: Internationale Wertestudien.

Die zweite große international und über Zeit vergleichend angelegte Untersuchung stellt das »International Social Survey Programme (ISSP)« dar. Der Schwerpunkt der Befragungen in den beiden Jahren 1989 und 1997<sup>1</sup> - mit teilweisen Replikationen - lag im

1 Für die sehr schnelle und kollegiale Hilfe im Hinblick auf die Ergebnisse des ISSP von 1997 sei an dieser Stelle dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung ganz herzlich gedankt.



Bereich ›Work Orientations‹. Die Darstellung 2 enthält die entsprechenden Ergebnisse zu der Frage nach der generellen Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit. Die Ergebnisse

Darstellung 2: Generelle Zufriedenheit mit dem eigenem Beruf<sup>1)2)</sup>. Angaben in v.H.

	Deutsch-land West		Groß-britannien		USA		Öster-reich		Ungarn		Nieder-lande		Italien		Schweden		Norwegen		Israel	
	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97
Völlig zufrieden	11	9	12	13	16	16	17	-	6	9	10	11	17	15	-	10	14	10	12	25
Sehr zufrieden	33	30	28	23	34	33	31	-	7	14	30	38	17	20	-	31	29	27	25	22
Ziemlich zufrieden	41	42	44	43	37	35	38	-	63	39	45	42	47	43	-	42	42	45	48	35

Anmerkungen:

- 1) Die Frageformulierung lautete: »Wie zufrieden sind Sie im allgemeinen mit Ihrem Beruf? Bitte machen Sie nur ein Kreuz«. Zugrundegelegt war eine 7-polige Antwort-Skala.
- 2) Befragt wurden nur Personen, die 10 oder mehr Stunden pro Woche gegen Bezahlung arbeiteten.

Quellen: GESIS, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Machine readable Codebook ZA Study 1840, ISSP 1989 ›Work Orientations‹, Köln o.J., S. 63 f.; ZA-Sonderauswertungen für ISSP 1997.

können zu den gerade vorgestellten Resultaten der Internationalen Wertestudien (vgl. Darstellung 1) in den Vergleich gesetzt werden. Die aufscheinenden Ähnlichkeiten sind dabei relativ groß. Anders formuliert: Trotz vielfältig als belastend empfundener Arbeitsbedingungen (vgl. dazu Darstellung 4), ist die generelle Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit insofern auch hier frappierend hoch und liegt - länderspezifisch natürlich etwas unterschiedlich - in jedem Fall (Ausnahme 1997: Ungarn) jenseits der 75 v.H.-Marke. Über beide Erhebungen sind diese Resultate nahezu konstant (Ausnahme wieder Ungarn). Die geäußerte generelle Zufriedenheit mit dem eigenen Beruf, der eigenen Erwerbsarbeit, ist also offensichtlich sehr hoch, warum auch immer<sup>2</sup>. Den möglichen Spannungsbogen formulierte Neuberger 1985 wie folgt: »Arbeitszufriedenheit: Kraft durch Freude oder Euphorie im Unglück?«.

Auch die folgende Darstellung 3 basiert wieder auf Ergebnissen aus den beiden ISSP-Umfragen von 1989 und 1997. In beiden dort empirisch verorteten Fragen geht es um zentrale Aspekte des individuell zugemessenen Stellenwerts von Erwerbsarbeit. Der obere Teil zeigt die Ergebnisse für die Frage ›Ich würde auch dann gerne berufstätig sein, wenn ich das Geld nicht bräuchte‹. Zwischen rund der Hälfte bis hin zu etwas über 70 v.H. stimmten diesem Statement stark bzw. überhaupt zu. Dies gilt für alle ausgewiesenen Länder. Ein Vergleich der Werte zwischen 1989 und 1997 zeigt eigentlich nur wenig Veränderungen, und wenn, dann eher in Richtung einer noch stärkeren Zustimmung. Ein doch etwas überraschendes Ergebnis angesichts der oben skizzierten und in allen in unsere Analyse einbezogenen Ländern - mehr oder weniger stark und zentral - stattfindenden Debatten über den Verfall der Arbeitsmoral, eine Tendenz zu ›kollektiven Freizeitparks‹, einer zunehmenden Freizeitorientierung etc. Offenbar hat Arbeit in den Augen der Erwerbstätigen doch so etwas wie einen Sinn- und Positionierungsaspekt, der über pure ökonomische Notwendigkeiten hinausreicht. 1989 lag die alte Bundesrepublik mit gut 50 v.H. eher am unteren Level der Zustimmung, und damit auf nahezu identischem Niveau wie z.B. die Niederlande und Italien. 1997 waren es dann sogar 70 v.H. der Bundesdeutschen West, die sich ein Leben ohne Arbeit auch beim Wegfall ökonomischer Zwänge nicht vorstellen konnten oder wollten.

Der untere Teil in der Darstellung 3 basiert auf den Ergebnissen zum eher apodiktisch anmutenden Statement ›Berufliche Arbeit ist die wichtigste Tätigkeit des Menschen‹, das eindeutig die von uns und auch anderen aufgezeigten Kontexte zwischen den verschiedenen Lebensbereichen der Menschen negiert. Die Dominanz der Arbeit wird am

---

2 Wie auch bei Fragen nach der generellen Lebenszufriedenheit scheint auch hier das Phänomen zu greifen, daß man zwar vielfältige Kritik an einzelnen Aspekten des Gesamtkomplexes ›Leben‹ bzw. ›Arbeit‹ haben kann, die Summe über alles aber dann doch wieder ein positives Bild ergibt. Als eher negativ empfundene Einzelaspekte treten dabei dann offenkundig in den Hintergrund.

Darstellung 3: Zwei generelle Statements zur beruflichen Arbeit - Ergebnisse aus dem International Social Survey Programme von 1989 und 1997. Angaben in v.H.

	Deutsch-land West		Groß-britannien		USA		Öster-reich		Ungarn		Nieder-lande		Italien		Schweden		Norwegen		Israel	
	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97
<i>»Ich würde auch dann gerne berufstätig sein, wenn ich das Geld nicht bräuchte«</i>																				
Stimme stark zu	12	9	8	7	12	10	21	-	13	14	6	8	11	13	-	14	21	13	19	17
Stimme zu	40	61	52	48	50	50	42	-	48	43	43	44	41	39	-	61	52	61	48	53
Weder noch	13	8	16	17	16	16	8	-	13	22	19	18	12	13	-	13	11	13	14	11
Stimme nicht zu	16	15	21	21	17	18	17	-	20	15	25	24	23	21	-	8	12	10	12	15
Stimme überhaupt nicht zu	19	6	4	7	5	7	12	-	6	6	7	7	14	14	-	4	5	4	8	4
<i>»Berufliche Arbeit ist die wichtigste Tätigkeit des Menschen«</i>																				
Stimme stark zu	9	13	11	8	13	8	17	-	22	20	9	7	18	19	-	13	32	12	17	21
Stimme zu	30	32	27	24	24	22	34	-	43	40	30	28	34	32	-	32	31	36	31	32
Weder noch	24	16	19	17	21	19	15	-	22	26	21	21	18	17	-	28	20	24	22	16
Stimme nicht zu	24	28	34	39	32	36	24	-	11	11	32	35	20	21	-	18	13	22	22	25
Stimme überhaupt nicht zu	13	12	9	13	10	15	9	-	2	2	8	9	11	11	-	9	4	6	8	7

Quellen: Wie in Darstellung 2.

deutlichsten in Ungarn und in Norwegen gesehen. Wiederum die Niederlande und die Bundesrepublik, aber auch Großbritannien und die USA rangieren in ihrer Zustimmung eher am unteren Ende. Interessanterweise weist die alte Bundesrepublik 1989 auch die höchsten Prozentwerte für die Kategorie der Unentschiedenen auf: Nahezu jeder Vierte kann oder will sich hier nicht entscheiden. Daß die berufliche Arbeit ›der‹ zentrale Lebenswert für die Menschen sei, wird am stärksten in Großbritannien, den USA und den Niederlanden abgelehnt. Die alte BRD befindet sich hier tendenziell eher im Mittelfeld.

Veränderungen in den Ergebnissen zwischen den beiden Surveys 1989 und 1997 hat es in zumeist nur geringem Umfang gegeben. Insofern gelten die für das Jahr 1989 oben skizzierten Tendenzen im Prinzip ebenso für die Umfrage von 1997. Auch bei dieser Fragestellung wird also über die Zeit hinweg wenig Bewegung und Dynamik sichtbar.

Ebenfalls den beiden ISSP-Umfragen entstammen die Ergebnisse in der Darstellung 4, bei der es um Arbeitsbedingungen und -belastungen am eigenen Arbeitsplatz geht. In der Tendenz ist bei eigentlich allen Fragestellungen über die beiden Surveys und alle hier ausgewiesenen Länder hinweg eine leichte Zunahme festzustellen. ›Spitzenreiter‹ sind dabei Streß, Erschöpfung und körperlich schwere Arbeit. Wie unsere Länderanalysen zeigten, ist das Belastungsniveau der Arbeitnehmer insgesamt hoch, und dies bestätigt sich dann auch in der international vergleichend angelegten ISSP-Umfragenserie.

Interessant und relevant für die Fragestellungen unserer Untersuchung sind nicht zuletzt auch die diversen einschlägigen EU-weiten Surveys und Studien der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Die Ergebnisse - so läßt sich in der Summe festhalten - weisen eine große Ähnlichkeit mit denjenigen anderer, bereits vorgestellter Umfragen und Untersuchungen auf. Die Verwendung vielfältiger Quellen, Fragen, Items, Indikatoren etc. trägt also durchaus zur Validierung der Ergebnisse bei. Einige der zentralen Resultate aus den Arbeiten der Stiftung sollen nachfolgend zusammenfassend wiedergegeben werden:

- »There is some evidence that job insecurity leads to worse self-rated physical health and an increase in some clinical symptoms. According to the 1996 survey on working conditions, temporary employees were more likely to report fatigue, backache and muscular pains but less likely to report health-related absenteeism in comparison with other types of employment status. Similar findings were observed across job categories, economic sectors and countries.
- The working conditions of temporary employees are worse than those of permanent workers. The former are more exposed to painful positions, intense noise, repetitive movements and short repetitive tasks. From the point of view of work organisation temporary workers although less exposed than permanent workers to high speed work, have much less autonomy over the management of their work and time.

Darstellung 4: Arbeitsbedingungen am eigenen Arbeitsplatz<sup>1)2)</sup>. Angaben in v.H. (Hier zusammengefaßt: ›Immer‹ und ›Oft‹)

	Deutschland West		Großbritannien		USA		Österreich		Ungarn		Niederlande		Italien		Schweden		Norwegen		Israel	
	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97	89	97
... kommen Sie erschöpft von der Arbeit nach Hause?	31	42	44	43	36	41	32	-	45	53	17	17	38	48	-	38	38	41	48	49
... müssen Sie schwere körperliche Arbeit verrichten?	18	20	24	22	22	22	19	-	30	31	18	15	15	25	-	26	24	24	21	24
... finden Sie Ihre Arbeit stressig?	36	37	30	34	39	-	38	-	27	43	23	28	29	39	-	45	33	37	28	35
... arbeiten Sie unter gefährlichen Bedingungen?	7	11	9	11	12	13	10	-	29	25	6	6	9	13	-	10	14	13	10	15
... arbeiten Sie unter ungesunden Bedingungen? <sup>3)</sup>	10	-	9	-	7	-	17	-	20	-	9	-	7	-	-	-	11	-	10	-
... arbeiten Sie unter körperlich unangenehmen Bedingungen? <sup>3)</sup>	12	-	8	-	7	-	14	-	19	-	54	-	8	-	-	-	10	-	11	-

## Anmerkungen:

1) Die Frageformulierung lautete: »Nun noch einige Fragen zu Ihren Arbeitsbedingungen: Geben Sie bitte bei jeder Frage an, wie oft dies bei Ihrer Arbeit vorkommt. Bitte machen Sie in jeder Zeile ein Kreuz«.

Zugrundegelegt war eine 5-polige Antwort-Skala.

2) Befragt wurden hier nur Personen, die 10 oder mehr Stunden in der Woche gegen Bezahlung arbeiteten.

3) Diese beiden Items wurden 1997 leider nicht mehr abgefragt.

Quellen: Wie in Darstellung 2.

- European governments should subject their labour market policies to routine health impact assessment, both prospectively and retrospectively, and consider how the negative consequences of current labour market change can be reduced or offset through countervailing mechanisms. Employers and trade unions should be encouraged to pay more attention to the health and human resources aspects of business decisions« (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions 1999: 1).
- »Work intensity is increasing in all Member States: overall, workers work faster and to tighter deadlines.
- Autonomy at work is also on the increase, but this increase is not sufficient to compensate for the increased intensity of work. This means that more workers are confronted with work situations under great strain.
- High strain jobs, that is to say jobs with high intensity and low autonomy, lead to a higher number of health complaints from workers (stress, burn-out). Overall 28% of workers report stress and 20% report burn-out.
- The profiles described above confirm to a large extent the on-going tayloristic division of work in Europe« (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions 1997: 1).

Zeitliche ›Knappheit‹ bzw. zunehmende zeitliche ›Verknappungen‹ im Berufsleben und zunehmender Streß sind also zentrale und über die Zeit hinweg angewachsene Belastungen der Arbeitnehmer. Bereits 1993 merkte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) deshalb weitsichtig, und nicht nur auf die physischen und mentalen Auswirkungen, sondern durchaus auch auf das Kostenargument abstellend, an: »Stress at work will be one of the greatest challenges facing governments, employers and trade unions in the years ahead - the incidence of job stress in some countries has at least doubled in the past ten years. This is an issue which affects every single person in modern industrial societies and which, through its affects on health and productivity, also has a significant impact on economic performance. The companies which are likely to be the most successful in future are those which help employees cope with stress and also carefully re-engineer the workplace to make it better suited to human aptitudes and aspirations« (ILO 1993: 76).

Auch im internationalen Vergleich von krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit innerhalb der in diesem Paper behandelten - sowohl vom Sozialsystem als auch der räumlich-kulturellen Distanz bzw. Nähe ähnlichen bzw. ›fremden‹ - Länder, besteht wenig Grund von einer spezifischen, negativ gekennzeichneten Sonderrolle der Bundesrepublik zu sprechen. Dies belegen auch Vergleiche, wie beispielsweise der in der Darstellung 5 vorgestellte. Dabei wurde für die beiden ausgewiesenen Jahre 1990 und 1995 jeweils für alle Länder eine Standardisierung nach Alter und Geschlecht auf der Basis der Nie-

derlande vorgenommen<sup>3</sup>. Interessant für unsere Betrachtung ist hier vor allem natürlich die Kategorie ›Krankheit/Krankenstand‹ - und hier liegt Deutschland jeweils im Mittelfeld.

Darstellung 5: Arbeitsausfall durch Arbeitsunfähigkeit in sechs Ländern im zeitlichen Vergleich 1990/1995. Standardisierte Werte auf der Basis von Alter<sup>1)</sup> und Geschlecht in den Niederlanden. Angaben in v.H.

	1990			1995		
	Krankheit/ Kranken- stand	EU/ Erwerbs- unfähigkeit	Insgesamt	Krankheit/ Kranken- stand	EU/ Erwerbs- unfähigkeit	Insgesamt
Niederlande	7,1	8,9	16,0	5,2	8,0	13,2
Belgien	3,8	4,2	8,0	3,3	4,4	7,7
Dänemark	4,4	3,8	8,2	6,0	4,2	10,1
Deutschland	5,0	3,3	8,3	4,5	3,1	7,6
Großbritannien	2,6	3,4	5,9	3,5	4,9	8,3
Schweden	6,1	3,5	9,6	3,8	3,9	7,6

Anmerkung:

1) 16-64 Jahre.

Quelle: Ministerie voor Sociale Zaken en Werkgelegenheid, Sociale Nota, Den Haag 1998.

#### 4. Globalisierung - Governance - Gewerkschaften

Die von der European Foundation angesprochene »... on-going tayloristic division of work ...« (1997: 1) hat sicherlich mit dazu beigetragen, die Arbeitssituation zu ›verschärfen‹ und das Belastungsniveau insgesamt zu steigern. Auch die Globalisierung der Wirtschaft trägt in der Tendenz dazu bei. Sie bietet sowohl Chancen als auch - teilweise neuartige - Risiken<sup>4</sup>. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen stellte dazu unlängst ganz klar fest: »Social policies - and national governance - are even more relevant today to make globalization work for human development and to protect people against its new threats« (UNO 1999: 9). Die (Rück-)Gewinnung nationaler ›Governance‹ ist also im Hinblick auf die Situation der Erwerbstätigen und die gesamte Arbeitswelt von entscheidender Bedeutung. Daß dies natürlich nicht ganz so einfach ist, zeigt die folgende Schlußfolgerung von Kaufmann: »Der Druck, welcher heute von Globali-

3 Durch diese Standardisierung ergeben sich natürlich etwas andere nationale Ergebnisse als die von uns in der jeweiligen Länderanalyse ausgewiesenen.

4 Was im übrigen auch von der bundesdeutschen Bevölkerung so gesehen wird, wobei diese über die Zeit hinweg zunehmend positive Inhalte damit verbindet, wengleich fast die Hälfte stets eine ambivalente Position einnahm und einnimmt (vgl. z.B. Bundesverband deutscher Banken 1999 auf der Basis von IPOS-Umfragen).



sierungstendenzen der Finanzmärkte, der wachsenden Konkurrenz aus Billiglohnländern und der europäischen Einigung auf die Tarifbeziehungen der Sozialpartner und die deutsche Politik ausgeht, setzt Veränderungen in Gang, die das Geschäft des Regierens ebenso wie dasjenige der Interessenvertretung erschweren. Das gilt in ähnlicher Weise auch für alle anderen hoch industrialisierten Länder« (1997: 193). Völlig zu Recht fordert Bourdieu infolgedessen, diese Vorgänge »... schonungslos zu bilanzieren und immer wieder aufs Neue in den öffentlichen Diskurs einzubringen, um die Frage nach einem zukünftigen Europa zu politisieren« (1999a: 377). Es gelte »... seitens der progressiven und kritischen politischen Kräfte, allen voran seitens der Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen, Gegenfeuer zu entzünden und auf der Basis neuer grenzüberschreitender Organisations- und Kommunikationsformen solidarisch an den politischen und kulturellen Grundlagen ... zu arbeiten« (ebenda: 369). Und an anderer Stelle merkt er dazu - mit dem deutlichen Hinweis auf eine völlige Übereinstimmung mit Jürgen Habermas - an: »Denn allein eine große, soziale Bewegung, die Gewerkschaften, Verbände und progressive Intellektuelle vereint, könnte die ökonomischen und sozialen Veränderungen durchsetzen, die das demokratische Funktionieren der europäischen Gesellschaft sichern« (Bourdieu 1999b:17).

In diesem Kontext stellt sich dann auch - wieder einmal - die durchaus alte Frage nach ›Mehr Markt versus mehr Staat‹<sup>5</sup>. Die Fronten verlaufen hier sicherlich nicht einheitlich, sondern eher ›quer‹. Ein beredtes und eindrucksvolles Zeugnis davon legen zweifellos das Mitte 1999 vorgelegte Schröder/Blair-Papier (1999) zu dem von ihnen propagierten dritten Weg der Sozialdemokratie einerseits und das sogenannte ›Jospin-Papier‹ (vgl. Kröncke 1999) mit einer doch deutlich unterschiedlichen Sichtweise andererseits ab. Frankreichs Premier vertritt explizit die folgende Ansicht: »Der Markt ist ein Instrument, das wirksam und wichtig ist, aber er ist nicht mehr als ein Instrument. Er müsse reguliert werden, er muss im Dienst der Gesellschaft bleiben« (1999: 7). Daß dies sehr unterschiedliche Auffassungen und Positionen sind, daran kann auch die dann gemeinsam unterzeichnete ›Erklärung von Paris‹, in der sich die Linke verpflichtete, die fortschreitende Globalisierung in den Dienst der Menschen zu stellen und mit einer Stärkung der Politik die Regierbarkeit der Länder zu gewährleisten, nichts ändern (vgl. Kröncke 1999: 7).

## 5. Systems and Attitudes in Transition

»Auch in Zukunft wird Erwerbsarbeit die wichtigste Quelle des Einkommens und damit auch die Grundlage für soziale Sicherung (auch der Eigenvorsorge) sein« (Schmähl 1999: 222). Arbeit und soziale Sicherung sind insbesondere in der Bundesrepublik - aber auch anderswo - sozusagen ›direkt gekoppelt‹. Insofern ist der nachfolgend wiedergegebenen Aussage von Fetscher also durchaus zuzustimmen: »Ein wirklich durch-

---

5 Vgl. dazu insbesondere auch die Beiträge im WSI-Sonderheft zum 50.Geburtstag des WSI mit dem bezeichnenden Titel »Wieviel Markt verträgt ein zivile Gesellschaft?« (WSI 1997).

schlagendes Mittel zur Überwindung der chronisch defizitären Lage unseres sozialen Sicherungssystems wäre die Rückkehr zur Vollbeschäftigung« (1999: 77). Er bezeichnet dies infolgedessen zu recht auch als »... Königsweg zur Sanierung des gesamten Sozialwesens ...« (ebenda). Und auch Krupp hat Recht, wenn er anmerkt: »Nicht der Sozialstaat, sondern die Arbeitslosigkeit ist zu teuer« (Krupp/Weeber 1997: 256).

Nichtsdestotrotz mehren sich in der jüngeren Vergangenheit die Stimmen derjenigen, die für eine Entkoppelung zwischen den beiden Bereichen ›Arbeit und Soziales‹ plädieren (vgl. z.B. Offe 1998). Andererseits ist der Sozialstaat - und diese Sichtweise wird leider viel zu häufig negiert oder bewußt ausgeblendet - auch ein positiver Standortfaktor. Und dies gilt nicht nur in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung, sondern durchaus »... auch für die einzelnen Unternehmen und deren Wettbewerbsfähigkeit ...« (Pfaff/Pfaff 1998: 226). Ganz klar bleibt festzuhalten: »Der Antagonismus zwischen Marktwirtschaft und Sozialstaat ist eine Schimäre der Ideologen. Denn *Bildungs- und Sozialpolitik sind keine Hypothek der Marktwirtschaft, sondern ihre notwendige Ergänzung*. Sie gewährleisten erst die Entstehung und Erhaltung der Humanvermögen, welche als Humankapital auch die ökonomischen Kalküle mitbestimmen. Sie machen erst die vielen individuellen Benachteiligungen tragbar, welche von der wirtschaftlichen Dynamik ausgehen. Sie tragen zum sozialen Frieden und zum Glauben bei, in einer einigermaßen gerechten Gesellschaft zu leben. ... Angesichts der gegenwärtigen Globalisierungstendenzen kann die deutsche Sozialstaatlichkeit weit eher als Ressource denn als Belastung des Standortes Deutschland gelten« (Kaufmann 1997: 192).

Sicherlich ist es aber so - und dies wird von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung klar gesehen -, daß die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik einer ›Neujustierung‹ bedürfen. Allerdings kann diese unseres Erachtens nicht als Revolution vonstatten gehen, sondern eher im Sinne einer evolutionären Entwicklung. Dabei teilen wir die Ansicht von Lampert, daß der Sozialstaat »... so reformiert werden (kann; Anm.d.Verf.), daß soziale Zielsetzungen nicht in ihrer Kernsubstanz beeinträchtigt werden und insbesondere die soziale Sicherung nicht auf eine lediglich existenzminimumsichernde Grundsicherung abgesenkt werden muß« (1998: 1; vgl. dazu auch Ders. 1997 und 2000). Wir stimmen des weiteren Kaufmann zu: »Die Kosten jedes Systemwechsels würden seine Einsparungen aller Erfahrung nach weit übersteigen. *Der oft beschworene Umbau des Sozialstaates kann also nicht in der Form einer groß angelegten Gesamtreform geschehen, sondern bedarf des lästigen Streits um Details, welche das politische Tagesgeschäft bestimmen*« (1997: 193).

Und auch die nachfolgenden Anmerkungen halten wir für wichtig, bedenkens- und berücksichtigungswert, schlagen sie doch gerade wieder den Bogen zur ökonomischen Seite der Dinge: »Die künftige Gestaltung der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik muß in Abstimmung gesehen werden. Es müssen dabei sowohl die demographischen, die ökonomischen und die psychologischen Aspekte der Politikgestaltung berücksichtigt werden: Die Sozialpolitik und ihre Beziehung zur Wirtschaftspolitik muß vor allem in ih-

rem volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zusammenhang - nicht nur als betrieblicher Kostenfaktor - besser vermittelt werden. In den letzten Jahren ist sie in ungerechtfertigtem Maße ›schlechtgeredet‹ worden. Sie ist in erster Linie als Kostenfaktor und im Zusammenhang mit Mißbrauch - bezeichnenderweise aber vor allem dem Mißbrauch durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht etwa durch die Wirtschaft im Zuge von Personalabbau auf Kosten der Sozialversicherungen - thematisiert worden. Langfristige Entwicklungen sind häufig nicht ausgewogen, sondern einseitig, Panik erzeugend dargestellt worden« (Pfaff 1997: 70).

Daß auch die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland Veränderungen im sozialpolitischen Sektor bereit ist mitzutragen, ist offensichtlich (vgl. z.B. STERN 1999; Föste/Janßen 1999). Allerdings stellt sich durchaus die Frage, wie sie in diesen Prozeß miteingebunden wird, welche langfristigen politischen Zielvorstellungen verfolgt werden und ob es zu einem gesellschaftlichen Konsens über die zu ergreifenden Reformmaßnahmen kommt. Die Veränderungspotentiale sind dann am größten und vielversprechendsten, wenn eine Anknüpfung an die normativen Orientierungen der Bürger möglich ist und Perspektiven im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen aufgezeigt werden können (vgl. Mau 1998; für die internationale Perspektive vgl. Lapinski et al. 1998).

All unsere Argumente, Sichtweisen und Perspektiven bündelnd, liefert die Amsterdamer Erklärung der Sozialen Lebensqualität Europas von 1997, die sich explizit gegen ein Europa mit hoher Arbeitslosigkeit, wachsender Armut und einer steigenden Zahl von Bürgern, die nur mehr einen eingeschränkten Zugang zu den Sozialleistungen und dem Gesundheitswesen haben, wendet, eine gute Zusammenschau: »The intention behind the Amsterdam Declaration is to remind policy-makers and citizens about the unique nature of the Western European approach of development, which comprises both economic growth and competitiveness and social justice. The promoters of the Declaration are committed to the European Union, but fear that too much emphasis on Economic Monetary Union will lead to a downgrading of the other, social, half of the European approach and, with it, a loss of legitimacy for the Union. Thus the Declaration was made at the same time as the Heads of State gathered in Amsterdam for the European Council meeting under the Dutch Presidency.

We have chosen the concept of ›social quality‹ to represent the essence of the social component of the European approach. Social quality is defined as the extent to which citizens are able to participate in the social and economic life of their communities under conditions which enhance their well-being and individual potential. The level of social quality experienced by citizens depends on: the degree of economic security, the level of social inclusion, the extent of social cohesion or solidarity and the level of autonomy or empowerment and health of European citizens« (Walker 1998: 1).

Gelingt dies nicht, so wird zweifellos die Zahl der Menschen, die mehr oder weniger ›dahintreiben‹, also das was Richard Sennett (vgl. 1998<sup>4</sup>) ›Drift‹ nennt, in naher Zukunft rapide ansteigen. Daß Kurzfristigkeit des Denkens, das Abhandenkommen von Kategorien wie Loyalität, Verpflichtungen, Vertrauen, Sicherheit, Solidarität, die Zunahme von Beziehungslosigkeit, Angst und Verunsicherung die Gesellschaft ›untergraben‹ und mittel- bis langfristig ruinieren und das Selbstwertgefühl der Menschen zerstören, dürfte sich von selbst verstehen.

## Literatur

- Alber, J. (1998), Der deutsche Sozialstaat im Licht international vergleichender Daten, *Leviathan* 2: 199 ff.
- Beck, U. (1999), Macht und Gerechtigkeit, *Süddeutsche Zeitung* 175: S 7.
- Bourdieu, P. (1999a), Soziales Europa oder entfesselter Kapitalismus, in: W. Fricke (Hg.), *Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000*, Bonn: 369 ff.
- Bourdieu, P. (1999b), Vive le Streit! Jürgen Habermas zum Geburtstag, *Süddeutsche Zeitung* 137: 17.
- Bundesverband deutscher Banken (1999), Globalisierung: Ein Umschwung in der öffentlichen Meinung, *INTER/ESSE* 2: 4 f.
- Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (o.J.), Politische Prioritäten und Strategien in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz, Bilbao.
- Europäische Kommission/GD V (1999), Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz in Europa - Wie geht es weiter?, Luxemburg.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (1997), *Time Constraints and Autonomy at Work in the European Union*, Dublin.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (1999), *Employment Status and Health (Summary)*, Dublin.
- Fetscher, I. (1999), Der soziale Staat, in: *DER SPIEGEL* 27: 66 ff.
- Flynn, P. (1999), Zukunftsperspektiven von Arbeit und Gesundheit aus Sicht der Europäischen Union, *Die Betriebskrankenkasse* 10: 480 ff.
- Föste, W./P. Janßen (1999), *Die Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft*, Frankfurt/New York.
- Gemini Consulting (1998), *Capitalising on The International Workplace Revolution*, o.O.
- Gründemann, R.W.M./C.R. de Winter/P.G.W. Smulders (1994), *Absenteeism in the European Union*, Leiden.
- International Labour Office (ILO) (1993), Stress at work, in: *World Labour Report 1993*, Geneva: 65 ff.
- Jaufmann, D. (1999), Krankheitsbedingte Fehlzeiten – Ein kurzgefaßter internationaler Ländervergleich, in: B. Badura/M. Litsch/Ch. Vetter (Hg.), *Fehlzeiten-Report 1999. Psychische Belastungen am Arbeitsplatz*, Berlin u.a.O.: 327 ff.
- Jaufmann, D./E. Mezger/M. Pfaff (1995) (Hg.), *Verfällt die Arbeitsmoral? Zur Entwicklung von Arbeitseinstellungen, Belastungen und Fehlzeiten*, Frankfurt/New York.
- Jospin, L. (1999), zitiert nach: G90. Kröncke (1999), Richtungsstreit beim XXI. Kongress der Sozialistischen Internationale in Paris. Schröder und Blair verteidigen den ›dritten Weg‹, *Süddeutsche Zeitung* 259: 7.
- Kaufmann, F.-X. (1997), *Herausforderungen des Sozialstaates*, Frankfurt am Main.

- Knappe, E./A. Winkler (1997) (Hg.), Sozialstaat im Umbruch. Herausforderungen an die deutsche Sozialpolitik, Frankfurt/New York.
- Kröncke, G. (1999), Richtungsstreit beim XXI. Kongress der Sozialistischen Internationale in Paris. Schröder und Blair verteidigen den ›dritten Weg‹, Süddeutsche Zeitung 259: 7.
- Krupp, H.-J./J. Weeber (1997), Die Zukunft des Sozialstaates vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung, Sozialer Fortschritt 11: 245 ff.
- Lampert, H. (1997), Krise und Reform des Sozialstaates, Frankfurt am Main u.a.O.
- Lampert, H. (1998), Die Zukunft des Sozialstaates Deutschland. Elemente einer Reformstrategie, Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg Nr. 176, Augsburg.
- Lampert, H. (2000), Reformschädliche Schief lagen der Sozialstaatskritik, Sozialer Fortschritt 1: 7 ff.
- Lapinski, J.S. et al. (1998), Welfare State Regimes and Subjective Well-Being: A Cross-National Study, International Journal of Public Opinion Research 1: 2 ff.
- Lazar, H./P. Stoyko (1998), Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, Internationale Revue für Soziale Sicherheit 3: 3 ff.
- Leibfried, St. (1998), Sozialstaat am Scheideweg. Innere und äußere Gründe des Veraltens wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, Soziologische Revue 4: 427 ff.
- Mau, St. (1998), Zwischen Moralität und Eigeninteresse. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive, Aus Politik und Zeitgeschichte B34-35: 27 ff.
- Neuberger, O. (1985), Arbeitszufriedenheit: Kraft durch Freude oder Euphorie im Unglück?, Die Betriebswirtschaft 2: 184 ff.
- Neumann, L.F./K. Schaper (1990<sup>3</sup>), Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York.
- Nullmeier, F. (2000), Politische Theorie des Sozialstaats, Frankfurt/New York.
- o.V. (2000), „Arbeitsbelastung nimmt weiter zu“, Süddeutsche Zeitung 105: 24.
- Offe, C. (1998), Der deutsche Wohlfahrtsstaat: Prinzipien, Leistungen, Zukunftsaussichten, Berliner Journal für Soziologie 3: 359 ff.
- Pfaff, A.B. (1997), Wieviel Markt braucht die Sozialpolitik oder wieviel Sozialpolitik braucht der Markt?, in: WSI (Hg.), Wieviel Markt ver trägt eine zivile Gesellschaft?, WSI-Sonderheft: 64 ff.
- Pfaff, A.B./M. Pfaff (1998), Der Sozialstaat als Standortfaktor. Einige Anmerkungen zur laufenden Diskussion, in: H. Hesse/P. Welzel (Hg.), Wirtschaftspolitik zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und ökonomischen Grenzen. Festschrift für Reinhard Blum zum 65. Geburtstag, Göttingen: 213 ff.
- Schmähl, W. (1999), Arbeit - Basis für die soziale Sicherung der Zukunft, in: Ders./H. Rische (Hg.), Wandel der Arbeitswelt - Folgerungen für die Sozialpolitik, Baden-Baden: 189 ff.
- Schröder, G./T. Blair (1999), Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair, hekt. Ms., o.O.
- Sennett, R. (1998<sup>4</sup>), Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- STERN (1999), Dialoge 5. Trends, Werte, Ziele. Codeplan, Hamburg.
- UNO (1999), Human Development Report: Globalization with a human face, <http://www.undp.org/hdro/report.html>.
- Walker, A./European Foundation on Social Quality (1998), Amsterdam Declaration on Social Quality, Brief vom 01. November 1998, Amsterdam.
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) (1997) (Hg.), Wieviel Markt ver trägt eine zivile Gesellschaft?, WSI-Sonderheft.